

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Uttelste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Reichsmark mit Zutragen, einzelne Nummern 15 Reichspfennige. Gemeinde-Verbands-Girokontos. Nummer 1. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3 Postleitziffern Dresden 12 548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 48 Millimeter breite Petzelle 20 Reichspfennige. Eingeschobt und Reklame 50 Reichspfennige.

Berantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 33

Mittwoch, am 8. Februar 1928

94. Jahrgang

Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsräte der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde und des Stadtrates zu Dippoldiswalde

Die Wahlen der neuen Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsräte der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde und des Stadtrates zu Dippoldiswalde auf die von 1928 bis Ende 1932 laufende Wahlperiode finden Mitte April 1928 statt. Die nachstehend abgedruckten Vorschriften in den §§ 2—4 und 10—13 der Wahlordnung (Sächs. Gesetzblatt 1928 S. 35) sind hierbei genau zu beachten:

§ 2.

Art der Wahl.

(1) Die Arbeitgebervertreter und die Versicherungsvertreter werden in getrennter Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf Grund von Vorschlagslisten mit den Stimmenzetteln gewählt, die der Wahlleiter den Wahlberechtigten zugeben lässt (§ 10 Abs. 1 und 2).

(2) Zur Einreichung von Vorschlagslisten sind nur berechtigt (§ 45 Abs. 1 der RVO.)

a) bei der Wahl der Arbeitgebervertreter:

wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern oder Verbände solcher Vereinigungen;

b) bei der Wahl der Versicherungsvertreter:

wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern oder Verbände solcher Vereinigungen.

(3) Die Wahl ist geheim.

§ 3.

Wahlberechtigung.

(1) Wahlberechtigt sind die Auszubildungsmitglieder der Krankenkassen, die im Bezirk des Versicherungsamts mindestens fünfzig Mitglieder haben. An der Wahl nehmen ferner die Vorstandsmitglieder der Erskassen teil, soweit sie im Bezirk des Versicherungsamts mindestens fünfzig Mitglieder haben. Die Erskassen und die Kassen mit dem Sitz außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamts nehmen an der Wahl nur teil, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen (§ 42 Abs. 1 der RVO.).

(2) Maßgebend ist die Zahl der Mitglieder, deren Beschäftigungsstätt (§§ 153 bis 158 der RVO.) sich zur Zeit des letzten Jahrestages (§ 388 der RVO.) vor der Gestellung im Bezirk des Versicherungsamts befindet. Bei Mitgliedern von Erskassen, bei unständig Beschäftigten (§ 442 der RVO.) und solchen Mitgliedern, die Kassen auf Grund der §§ 176 und 313 der RVO. angehören und einem Beschäftigungsstätt nicht haben, tritt an Stelle des Beschäftigungsstätt der Wohnort. Bei Handelsbetrieben ist der Ort ihrer Betriebsstätt (§ 470 der RVO.), bei den im Handelsgewerbe Beschäftigten der Ort maßgebend, bei dessen Ortspolizeibehörde der Wanderbewerbschein beantragt worden ist (§ 459 der RVO.).

(3) In Stelle der Vertreter der Versicherer im Vorstande wählen bei den Erskassen, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamts zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen (§ 42 Abs. 2 der RVO.).

§ 4.

Wählbarkeit.

(1) Wählbar sind nur volljährige Deutsche, die im Bezirk des Versicherungsamts wohnen oder ihren Betriebssitz haben oder beschäftigt werden (§§ 47, 12 der RVO.).

(2) Wählbar als Arbeitgebervertreter sind nur Arbeitgeber, die Personen beschäftigen, die nach der Reichsversicherungsordnung versichert sind, und ihre bevollmächtigten Betriebsleiter. Den Arbeitgebern werden Versicherte zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtig beschäftigen (§ 47 Abs. 2 Satz 2 der RVO.).

(3) Wählbar als Versicherungsvertreter sind nur Versicherer (§ 47 Abs. 2 Satz 1 der RVO.).

(4) Nicht wählbar ist (§ 47 Abs. 1, § 12 Abs. 2 der RVO.)

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder

wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird,

falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist.

2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfolgung über sein Vermögen beschränkt ist.

(5) Die Versicherungsvertreter und ihre Stellvertreter dürfen nicht zugleich befasste Beamte des Versicherungsamts, nichtständige Mitglieder des Reichs- oder eines Landesversicherungsamts, Besitzer eines Überversicherungsamts oder Versicherungsvertreter bei einem anderen Versicherungsamt sein (§ 41 Abs. 2 der RVO.).

§ 5.

Aufstellung und Einreichung der Vorschlagslisten.

(1) Die Vorschlagslisten sind nach dem als Anlage I beigefügten Vordruck für jedes Versicherungsamt sowie für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Versicherungsvertreter gesondert aufzustellen und dem Wahlleiter bis zu dem im Wahlaufrichter angegebenen Zeitpunkt einzureichen. Jede Vereinigung und jeder Verband (§ 2 Abs. 2) darf für jede einzelne Wahl, für die die Vorschlagsberechtigt sind, nur je eine Vorschlagsliste einreichen.

(2) In den Vorschlagslisten sind die einzelnen Benannten unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Vor-(Auf-) und Zusammennamen, Alter, Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich zu bezeichnen, dass über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

(3) In die Vorschlagsliste darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu gegeben hat. Mit der Vorschlagsliste sind die Erklärungen der Benannten, dass sie der

Aufnahme ihrer Namen in die Vorschlagsliste zustimmen, nach dem als Anlage II beigelegten Vordruck einzureichen.

§ 6.

Inhalt der Vorschlagslisten.

(1) In jeder Vorschlagsliste sollen sowohl nach § 4 wählbare Personen benannt werden, wie Versicherungsvertreter und Stellvertreter nach dem Wahlaufrichter insgesamt zu wählen sind. Die aus dem Kreise der Arbeitgeber und die aus dem Kreise der Versicherten benannten sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (§ 48 der RVO.).

(2) Unter den Benannten einer jeden Gruppe sollen die hauptberuflichen Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft, und die verschiedenen Teile des Bezirks des Versicherungsamts, bei den Versicherten auch die verschiedenen Kreise der Versicherten vertreten sein. Der Vorsitzende des Versicherungsamts ordnet an, welcher Teil der vorzuschlagenden Personen in der Landwirtschaft beschäftigt sein soll. Es kann auch vorschreiben, welche Betriebszweige und Bezirksstellen besonders zu berücksichtigen sind.

(3) Mindestens ein Drittel der Benannten jeder Gruppe soll am Sitz des Versicherungsamts selbst oder nicht über sechs Kilometer, bei den Amtshauptmannschaften Dresden, Leipzig und Chemnitz nicht über zehn Kilometer von der Mitte der Stadt entfernt wohnen, in der das Versicherungsamt seinen Sitz hat (§ 47 der Verordnung über die Versicherungsbehörden im Sinne der Reichsversicherungsordnung vom 25. Juni 1912, OVBl. S. 329).

§ 7.

Unzulässigkeit verbundener Vorschlagslisten.

Die Verbindung mehrerer Vorschlagslisten in der Weise, dass die anderen Vorschlagslisten gegenüber als eine einzige Liste gelten, ist unzulässig.

§ 8.

Unterzeichnung und Kennwort der Vorschlagslisten.

(1) Die Vorschlagslisten müssen unter Angabe des Namens der Vereinigung oder des Verbandes von den Personen unterschrieben sein, denen die Vertretung der Vereinigung oder des Verbandes zusteht.

(2) Jede Vorschlagsliste soll mit einem Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Vorschlagslisten deutlich unterscheidet. Trägt eine Vorschlagsliste kein Kennwort, so gilt der Name des darin an erster Stelle Benannten als Kennwort der Vorschlagsliste.

Für jedes Versicherungsamt sind je 6 Versicherungsvertreter aus dem Kreise der Arbeitgeber und aus dem Kreise der Versicherten zu wählen, zugleich auch Stellvertreter für diese in gleicher Anzahl. Die Vorschlagslisten müssen bis zum 10. März 1928, mittags 12 Uhr, bei den unterzeichneten Wahlleitern eingereicht werden.

Die Erskassen und die Krankenkassen, die außerhalb der Bezirke der Versicherungsräte der Amtshauptmannschaft bzw. des Stadtrates zu Dippoldiswalde ihren Sitz haben, erhalten, soweit sie im Bezirk des Versicherungsamts mindestens 50 Mitglieder haben, (§ 3 Absatz 1 Satz 2 der Wahlordnung), hierdurch Aufforderung, binnen einer Frist von 2 Wochen und zwar spätestens bis zum 25. Februar 1928, ihre Beteiligung an der Wahl bei den unterzeichneten Wahlleitern anzumelden. Dabei ist die Zahl ihrer noch § 3 der Wahlordnung anrechnungsfähigen Mitglieder nachzuweisen, sowie der Familien-, Vor- (Aus-) und Zusatze, der Beruf, der Wohnort, die Wohnung der nach § 3 der Wahlordnung Wahlberechtigten, getrennt nach Arbeitgebern und Versicherten, mitzutun. Ebenso sind die Wahlleiter von späteren Veränderungen, die vor dem Wahltag eintreten, unverzüglich zu benachrichtigen.

Vor. 1 OV. 1

Dippoldiswalde, am 7. Februar 1928.

Reg.-Rat Emisch, W. Insp. Hell, W. Insp. Hell,
Wahlleiter beim Versicherungsamt des Stadtrates zu
Dippoldiswalde

Völkisches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Noch im gold-grünen Schmuck vom Maskenkalle her empfing am Dienstag abend der Reichskronsaal eine recht stattliche Anzahl der Mitglieder mit ihren Damen des Landwirtschaftlichen Vereins zur Feier des 85. Stiftungsfestes. Den Anfang bildete eine Festtafel in bescheidenner Form. Es gab nur eine Fleischspeise, die aus keinem Gehöft, sondern aus dem Wald bezeugt worden war. Oekonomierat Welde, Oberhäßlich, begrüßte die Anwesenden und führte in kurzer Ansprache aus, dass die Vorstandshaft den Beschluss zur Abhaltung eines Stiftungsfestes nur zögernd gefasst habe, aber die Auszeichnung verdienter, treuer Arbeiter müsse doch innerhalb eines festlichen Rahmens geschehen. Das Jahr 1928 werde das Schicksalsjahr der Landwirtschaft genannt. Hoffentlich werde die Zeit kommen, wo die wissenschaftlichen und praktischen Errungenschaften die Landwirtschaft aus den gegenwärtigen, mitseligen Verhältnissen herausheben werde. Namens der Gäste dankte Amtshauptmann v. d. Planitz für die Einladung. Gern nahm man Anteil an der heiteren Ablenkung vom Alltag und an der harmlosen Freude. Er wünschte dem Vereine stetigen Aufstieg. Stadtgutsbesitzer Pinder gedachte mit ehrenden Worten der Frauen und Vorwerksbesitzer Jäckel brachte ein Hoch aus seinem Vorredner als Dankeschuld für Verfaßung zweier recht launiger Tafellieder, die wegen ihrer persönlichen Necke reiten während des Singens

viel Heiterkeit erregten. Jahns Kapelle begleitete den Gesang und spielte während der Tafel recht schöne Weisen auf. Der wichtigste, wertvollste, ein geradezu erhabender Vorgang während der Tafel war die Auszeichnung von 5 Arbeitern und Arbeitern in landwirtschaftlichen Betrieben. Dr. Thoering, Geschäftsführer der Kreisdirektion Dresden der Landwirtschaftskammer, freute sich, dass in der Zeit, da die Abwanderung von der Landarbeit zunimmt, doch noch freie, aushaltende landwirtschaftliche Arbeiter zu finden sind, die nicht nur für sich und den Arbeitgeber, sondern überhaupt Werte schaffen. Mit dem Wunsche, dass es ihnen vergönnt sei, in Gesundheit und Zufriedenheit und im gegenseitigen Verständnis mit den Arbeitgebern noch lange ihrer Arbeit nachzugehen, überreichte Dr. Thoering namens der Kreisdirektion dem Bodenmeister Heinrich Pahlisch, 27 Jahre bei der Firma Standfuß & Tschöckel, die tragbare, vergoldete, silberne Denkmünze mit Besturkunde, dabei auch der Mitarbeiter von Frau Pahlisch dankbar gedenkend, dem Kutscher Franz Ernst Kloppisch, 22 Jahre bei Oekonomierat Welde, Oberhäßlich, dieselbe Denkmünze, der landwirtschaftlichen Arbeiterin Minna Ida Kloppisch, 18 Jahre bei Oekonomierat Welde, die silberne Medaille, der landwirtschaftlichen Arbeiterin Emilie Beutel, 15 Jahre bei Postgutsbesitzer Flemming, ein Ehrenzeugnis. Ferner erhielt der Schirmmeister Joseph Stauber, 5½ Jahre bei Postgutsbesitzer Flemming, eine Auszeichnung des Landwirtschaftlichen Vereins Dippoldiswalde. Bei der Übergabe legte Oberkirchenrat Michael seinen anerkennenden Worten zu Grunde den trefflichen Altbundes Goethes: „Wer gern etwas tut, dem läuft Gott Lüftiges schaffen“ und einen Reim von Hammer: „Wer im Kleinen groß ist, wird größer im Großen“. Freudig stimmten alle Tschöggen in ein dreimaliges Hoch auf die Ausgezeichneten ein. Gegen 10 Uhr löste sich die Tafel auf, und ein flotter Ball hielt die Festteilnehmer noch lange fröhlich und gemütlich beisammen.

Es sei hier auf die heutige Veranstaltung des Gewerbevereins (Vollbildungsvereins) nochmals hingewiesen. Der „russische Abend“ wird in den Mutter- und Lieber-Vorträgen und den Tangovorführungen ein Stück fremder Kultur entwideln und so ebenfalls den Zwecken und Zielen des Vereins dienen und vollständig wirken.

Die Stern-Lichtspiele werden heute Mittwoch abend in einem großen Doppelprogramm einen 6 tägigen Film „Verlorene Nächte“ und einen 5 tägigen Abenteuerfilm „Die Komödianten kommen“ vorführen. Ab Sonnabend läuft ein Sensationsfilm „Metropolis“. Wir verweisen auf das Inserat; ein Besuch der Vorstellungen wird jeden zufrieden stellen.

Dippoldiswalde. An den nächsten drei Spieltagen der „Ar-Ru-Lichtspiele, Freitag bis Sonntag, steht „Der fidèle Bauer“ auf dem Spielplan, ein Film der Ufa, mit Werner Kraus und Carmen Boni in den Hauptrollen. Der Film ist bearbeitet nach der gleichnamigen, weitbekannten Operette. Des fidelen Spreewaldbauers Reuthers Sohn Stephan studiert nicht, wie der Vater will, Theologie sondern Medizin. Nach einem Duell erfährt dies der Bauer, kann aber seinen Sohn nicht zürnen, anders dessen Vater, der Bürgermeister, der ihm die gewährte Unterstützung entzieht. Reuther borgt Geld, das plötzlich zurückverlangt wird. Da aber des fidelen Bauern Tochter und des Bürgermeisters Sohn sich lieben, kommt zwischen den Ullern doch eine Versöhnung zu Stande. Stephan hat sich inzwischen mit einer vornehmen Dame verlobt, und zur Hochzeit, zu der auf Wunsch des Sohnes Reuther nicht kommen sollte, er kann Tochter und Bürgermeister aber von der Braut heimlich geladen und von allen Gästen herzlich aufgenommen wurde, war er im Kreise seiner Kinder nach manchem Uerger und Leiden wieder „Der fidèle Bauer“. Die Besprechungen in den Tageszeitungen und Fachzeitschriften laufen durchweg glänzend, der „Vorwärts“ sagt: eine Operettenverfilmung, die das Durchschnittsniveau übertagt, das 8 Uhr-Abendblatt: ein Kabinettstück ernster und heiterer Schauspielkunst. Lobend erwähnt wird auch vielfach der schöne ländliche Rahmen. — Ein reiches Belprogramm läuft noch neben diesem Hauptfilm.

Die Kreisdirektion der Landwirtschaftskammer Dresden wird am Sonnabend, 11. Februar, nachmittags eine Bezirksversammlung in der Reichskrone hier abgehalten. In ihr wird Oberlandwirtschaftsrat Dr. Bruchholz-Dresden einen Vortrag über „Milchwinnung und -behandlung“ halten. (Siehe Inserat.)

Neustadt. Eine große eingetroffene Pfarrattreiste fand ein Schulnabre in einem Wasserloch des Seiffenbachtales auf Verhelsdorfer Flur. Bedauerlicherweise scheinen an dieser Stelle die Tiere recht zugemomme zu haben, da man hier schon viele fand.

Altenberg nach Hermsdorf i. E. seinerzeit von der sächsischen Regierung als bauwürdig bezeichnet worden sind. Das wichtigste Ergebnis der Tagung war die Errichtung einer Kraftwagenlinie Freiberg-Frauenstein über Hilbersdorf, Oberbobritzsch, Frauenstein.

Der vom Sächsischen Landbund gestellte Antrag auf ratenweise Einziehung der Schlachtviehverlängerungsbeiträge war zunächst von der Regierung abgelehnt worden. Der Sächsische Landbund hat daraufhin den Antrag erneut eingereicht, hielt es aber in Unbetracht der Dringlichkeit der Sache für notwendig, nochmals persönlich im Wirtschaftsministerium vorstellig zu werden. Die Verhandlungen haben ergeben, daß die Gemeinden umgehend angewiesen werden sollen, von einer zwangswise Beitragsabrechnung der Beiträge abzusehen. Ob eine Erhebung in zwei Raten erfolgen wird, wird der voraussichtlich in dieser Angelegenheit einzuwerfende Verwaltungsausschuss zu entscheiden haben.

Schmiedeberg. Am Dienstag gegen Mittag ereignete sich hier ein Kraftfahrzeug-Unfall. Der Sohn des Baumeisters Schmidt von hier kam aus einem Motortrade mit Beiwagen von der Buchmühle her. In der Kurve bei Käschel geriet das Fahrzeug, ob infolge der Glätte oder Versagens der Steuerung ist noch unklar, zu weit nach links, durchbrach das Geländer und stürzte in die Weißeritz. Fahrer und Mitfahrer mit sich reißend. Schmidt trug mehrere Brüche davon, sein Begleiter blieb unverletzt.

Schmiedeberg. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener veranstaltete am 4. Februar im Jägerhaus Naundorf einen Familienabend, um den Kameradschaftlichen Geist weiter zu fördern. Eröffnet wurde dieser Unterhaltungsabend mit einem Begrüßungsmarsch der Kapelle. Es folgten zweistimmig gesungen Lieder zur Laute. Ein gut gesprochener Prolog leitete zu Begrüßungsansprachen des 1. Vorsitzenden, sowie des 1. Schriftführers über. Der 1. Teil des Programms brachte ferner ein Lied für Tenor und Bass; sowie humoristische Vorträge. — Nach einer kurzen Pause widmete sich auch der 2. Teil stot. Es kamen zu Gehör: verschiedene Klaviervorträge; Barton-Solis; Lieder zur Laute von Kindermund vorgetragen; ein schwungvoll gespieltes Theaterstück; sowie weitere Humoresken. — Sämtliche Darbietungen wurden mit reichem Beifall belohnt. Besonders anerkennenswert war es, daß alle Vorträge von Mitgliedern der Ortsgruppe ausgeführt wurden. — So blieb man auch bei einem gemütlichen Tänzen noch lange in fröhlicher und treu-kameradschaftlicher Stimmung zusammen. — Alle, die an diesem Abend teilgenommen, werden gern an die frohen Stunden zurückdenken, wo wenigstens für kurze Zeit Kriegsleid vergessen wurde.

Schmiedeberg. Das Februar-Programm des Jugendbundes im Gewerkschaftsbund der Angestellten, G.D.A., weicht eine Reihe interessanter Veranstaltungen auf, so einen „Scheinfirmenabend“; dann folgt eine sogenannte Gesundheitswoche. Hierzu haben sich bereitgefunden Vorträge zu halten Dr. med. Niedöhrer über das Thema: „Unser Beruf und die Gesundheit“; Zahnarzt Sprandl über: „Allgemeines über Mund- und Zahnpflege“. Weiter finden innerhalb des Jugendbundes ein Berufswettbewerb und ein Heimabend statt. Bei günstigem Wetter ist auch noch eine gemeinsame Skifahrt geplant.

Freital. 7. Februar. Auf dem Parteitag des 6. Unterbezirks der Sozialdemokratischen Partei erklärte Reichstagsabgeordneter Schirmer u. a., daß der Bezirk das Opfer eines Betrügers, des Parteisekretärs Rahmig, geworden sei. Rahmig selbst habe zugegeben, daß er alle Bücher und Belege bis 1926 vernichtet und die fehlenden Gelder mit den von den einzelnen Unterguppen bei den Vierteljahrsabrechnungen verdeckt eingegangenen Beträgen verschleiert habe. Durch die Abrechnung aller Gruppen, auf die vom Unterbezirksvorstand und den Revisoren am Jahresende gedrängt wurde, seien dann die Verfehlungen aufgedeckt worden.

Dresden. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht: Nach Pressemeldungen hat der Haushaltsausschuß des Reichstages den vom Reichsrat eingestellten Messezuschuß von 2 Millionen M. für 1928/29 gestrichen. Schon im Vorjahr hat der Landtag die sächsische Regierung ersucht, sich mit allen Mitteln für finanzielle Förderung der Leipziger Messe durch das Reich einzusehen. Wir fragen deshalb an, was gedenkt die sächsische Regierung zu tun, um trotz des ablehnenden Beschlusses des Haushaltsausschusses des Reichstages eine Unterstützung der Leipziger Messe, insonderheit ihrer Exportpropaganda, durch das Reich noch herbeizuführen?

Leipzig. Mit einem Kostenaufwand von ungefähr drei Millionen M. wird auf dem Gelände der Technischen Messe in Leipzig zur Zeit eine Ausstellungshalle errichtet, die wohl das größte Bauwerk dieser Art in Europa sein dürfte. Die Halle wird zunächst die Internationale Ausstellung von Last- und Nutzautomobilen während der diesjährigen Frühjahrsmesse aufnehmen, man hofft aber, daß sie infolge ihrer günstigen und übersichtlichen Konstruktion und ihrer vorzüglichen Haltbarkeit auch sportlichen Zwecken zugänglich gemacht werden wird. Die Gesamtlänge der Halle ist 150 Meter, die Breite 110 Meter und die Höhe 21 Meter; die für den Bau verwendete Eisenkonstruktion wiegt über 1800 Tonnen.

Wiesa bei Kamenz. Im hiesigen Gemeinderat ist man umfangreichen Verfehlungen des Bürgermeisters Schnorrbusch auf die Spur gekommen. Obwohl die Untersuchung noch andauert, steht bereits fest, daß etwa 27 000 M. fehlen. Die Bücher sind ordnungsgemäß geführt. Schnorrbusch ist zunächst seines Amtes enthoben worden. Finanzielle Einbuße

erleidet die Gemeinde nicht, da der entdeckte Fehlbetrag auf die Grundstücke des Schnorrbusch eingeklagt wurde.

Burzen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung war von der kommunistisch-sozialistischen Mehrheit der Stadtverordneten gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen worden, den Stadtrat zu ersuchen, bei der Neuregelung der Ortsverfassung das Einflamersystem zugrunde zu legen. Der Stadtrat hat es mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt, diesem Beschlusse beizutreten.

Grimma. Der beim Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Grimma tätige, verheiratete Angestellte Habrecht ist seit reichlich acht Tagen spurlos verschwunden, nachdem man bei einer unerwarteten Kassenrevision Unterschlagungen auf die Spur gekommen ist. Die unterschlagene Summe beträgt nach den bisherigen, noch nicht abgeschlossenen Feststellungen 2000 M.

Burgstädt. Eine Versammlung der Bürgermeister und Gemeindevorsteher von Göppersdorf, Taura, Burkersdorf und Mohsdorf erklärte sich in einer Entschließung zu weiteren Verhandlungen in der Eingemeindungsfrage bereit. Die Stadt Burgstädt soll bis 31. März eine Denkschrift vorlegen, die die neue Verhandlungsgrundlage bilden soll.

Chebniß, 7. Februar. An der Kreuzung Bismarck- und Elisenstraße wurde ein 50 Jahre alter Arbeiter bei dem Überstreiten der Fahrstraße von einem Lieferwagen einer Chemnitzer Molkerei angefahren und auf die Straße geschleudert. Der hinzugerufene Arzt hat nur noch den Tod infolge Schädelbruchs feststellen können. Die von der Kriminalpolizei angestellten Erörterungen haben bisher ergeben, daß der Verunglückte schwerhörig gewesen ist und vermutlich das Nahen des Kraftwagens nicht bemerkte. Trotzdem dürfte aber dem Führer des Kraftwagens die Schuld an dem Unfall beizumessen sein, weil er der Vorschrift zuwider bei dem Einbiegen von der Bismarckstraße nach links in die Elisenstraße, anstatt in weitem Bogen, in kurzer Wendung gefahren ist.

Iwischau. Am Montag nachmittag schauten in der Gemeinde Bockwa die Pferde eines aus dem Altgemeindeschachte ausfahrenden Kohlengeschirres vor einem Wagen der Straßenbahn und rasten in wilder Fahrt davon, den Kutscher bis zum Gemeindeamt mitschleisend. Dort fuhr das Geschirr den Kandelaber um und kam zum Stehen. Der schwerverletzte Kutscher wurde ins Kreiskrankenstift gebracht.

Reichenbach. In ähnlicher Weise, wie vor wenigen Jahren die Elsterbrücke bei Jodela soll nun auch die Göltzschbrücke bei Neukirch einer gründlichen Erneuerung und Verstärkung unterzogen werden. Vor kurzem weilte zu diesem Zweck eine Kommission von Mitgliedern der Generaldirektion aus Dresden in Reichenbach, die die Brücke besichtigt hat. Geplant ist, angeblich das gleiche Betonprinzipverfahren anzuwenden wie seinerzeit bei der Elsterbrücke.

Kirchliche Nachrichten

Donnerstag, am 9. Februar.

Rippdorf. Abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus.

Für die uns für langjährige Dienste zuteil gewordenen Ehrenzeichen und Aufmerksamkeiten sagen wir herzlich unsern verehrten Arbeitgebern sowie dem Landwirtschaftlichen Kreisverein und dem Landwirtschaftlichen Verein Dippoldiswalde herzlichsten Dank.

Heinrich Pahlitzsch und Frau
Franz Kloppisch und Frau
Emilie Beutel
Joseph Stauder

Elli Kur-, Lichttheil- und Badeanstalt „ELEKTRA“

Dippoldiswalde — Freiberger Platz

Tägl. geöffn. früh 8-8 Uhr abends, Sonntags b. 12 Uhr mittag.

Otto Ell, Naturheilkundler

Naturgemäß behandelt werden: Rheuma, Gicht, Ischias, sämtliche Stoffwechselkrankheiten, Herz-, Nerven-, Nieren-, Blasen-, Magen-, Darm-, Kopfschmerz, Husten-, Lungen-, Augen-, Ohren- und Nasenkrankheiten, Kopfschmerzen, Migräne, Hegenbach, Lähmungen, Schlaftörigkeit, Asthma, Arterienverkrampfung, Hämorrhoiden, Kinderkrankheiten, O- und I-Beine, Rückgratverkrampfungen.

Damen werden von Frau Ell, ärztlich geprüfte Massenkur, bedient.

Kommen auf Wunsch ins Haus, auch auswärtig.

Belieferung aller hiesigen und auswärtigen Krankenhäuser.

Anstricken von Strümpfen

aller Art

Umändern von Strickjacken

Erstähnkel, div. Beutze

auf Jäten usw.

Herrn. Rothe Nachf.

Füchse - Marder

Utzis

kauf zu höchsten Preisen

Max Arnold

Wagenschmiede

soße und in Postungen

Elephanten-Drogerie

Drucksachen : C. Jehne

Motorrad-Club

Dippoldiswalde u. Umg.

Donnerstag, 9. Februar,

1/2 Uhr

Versammlung

Wichtige Tagesordnung!

Keiner schle!

815 Abfahrt, 9 Uhr Versammlung

Buchsmühle!

Sämtliche Sportsameraden

von Schmiedeberg u. Umgegend

werden erwartet.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme
bei dem schmerzlichen Verlust unserer lieben Ent-
schlafenen danken wir im Namen aller Geschwister
aufs herzlichste. **Frida Trubig**, geb. Lehmann

Dippoldiswalde und Familie

All den denen, welche uns anlässlich unserer Silber-
hochzeit durch Ihre Auszeichnungen und wert-
vollen Geschenke so außerordentlich erfreuten,
danken wir hierdurch aufs herzlichste

Selbersdorf, am 1. Februar 1928

Max Gabel und Frau

Gewerbeverein

(Volksbildungverein) Dippoldiswalde

Heute Mittwoch, 8. Februar, abends 8 Uhr, in der „Reichskrone“

Russischer Abend

„Stern“ - Lichtspiele

Dippoldiswalde

Heute Mittwoch, 8. Februar, 1/2 Uhr

Großes Doppelprogramm:

Verlorene Nächte

Ein Künstlerschicksal in 6 Akten

Die Komödianten kommen

(Die schwarze Augel)

5 abenteuerliche Akte

Ab Sonnabend

Metropolis!!

Voranzeige!

Gasthof goldener Stern

Sonntag, am 12. Februar

Preisskattturnier

2 Serien. Beginn 15 Uhr und 20 Uhr

Gasthof Beerwalde

Sonntag, am 12. Februar

großes Preisskattturnier

2 Serien. Anfang 4 und 8 Uhr

Alle herzlich willkommen

Emil Hofmann und Joss

Bezirksversammlung der Kreisdirektion der Landwirtschaftskammer Dresden

am 11. Februar 1928, nachmittags 1/2 Uhr

in Dippoldiswalde „Reichskrone“

Vortrag:

des Herrn Oberlandwirtschaftsrat Dr. Bruchholz—Dresden über:
Milch - Gewinnung und Behandlung.

Brachte

Wieder

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 33

Mittwoch, am 8. Februar 1928

94. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reich und Preußen haben sich über die Durchführung der Hilfsaktion für Ostpreußen geeinigt und 75 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

— Der König von Afghanistan trifft am 22. Februar in Berlin ein und wird hier feierlich empfangen.

— In London eröffnete der englische König die neue Sitzung des Parlaments mit der Verleihung der Thronrede.

— Im Zusammenhang mit der neuen Berliner Handels-Berücksässigkeiten ist die Zahl der Anzeigen bereits auf mehr als hundert gestiegen.

— In Gegenwart eines sehr zahlreichen Publikums fand in Berlin die Einrichtung der Lotterie für die am Mittwoch begonnene Hauptziehung der Preußisch-Südostdeutschen Klassenlotterie statt.

— Von einem noch unbekannten Täter wurde in Sachsen (Oberholstein) ein Raubmord an einer 64 Jahre alten Händlerin verübt.

— Die Hamburger Kriminalpolizei kam jahrelangen Beiträgern bei zahlreichen Buchmachern auf die Spur.

— Bei einem Schadensereignis in Winsen an der Luhe kam ein 50-jähriger Knecht in den Flammen um, ein zweiter wurde schwer verletzt. Auch viel Vieh ist dem Feuer zum Opfer gefallen.

Was bietet uns Rußland?

In den letzten Tagen ernannte die russische Regierung eine Delegation für Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, die von dem Mitglied des Handelskommisariats Schleifer geführt wird und inzwischen in Berlin eingetroffen ist. Zur Debatte steht die Abänderung des deutsch-russischen Handelsvertrags, der im Oktober 1925 in Berlin unterzeichnet wurde und im März zwei Jahr in Kraft ist. Deutschland war nach Italien eins der ersten Länder, das mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abschloß und darin eine Vielheit von Fragen regelte. Für die beiderseitigen Wirtschaftsgruppen hat der Vertragsabschluß günstige Wirkungen zur Folge gehabt. Der Handel erfuhr eine Erlebung, und heute nimmt Deutschland in der russischen Einfuhr die erste Stelle ein, während es nach England der größte Abnehmer russischer Waren ist. Etwa ein Viertel aller nach Rußland eingeführten Waren ist deutschen Ursprungs!

Hemmend wirkten die Verluste, die Rußland im Kriege und in dem furchtbaren Bürgerkrieg erlitten hat. Die Kämpfe im Innern und die Kriege mit den vom Ausland unterstützten Armeen brachten die russische Wirtschaft völlig zum Erliegen, so daß es harter Anstrengungen bedurfte, um den Wirtschaftsapparat wieder in Gang zu bringen. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß Rußland ein kommunistischer Staat ist und einen freien Markt nicht kennt! Produktion und Absatz werden planmäßig von Moskau aus geregelt, und die Ein- und Ausfuhr ist zu einem Vorrecht des Staates geworden. Damit hängt die Höhe des Außenhandels vom Willen oder auch von der Willkür der politischen Machthaber in Moskau ab. Derartig grundverschiedene Wirtschaftssysteme bedingen natürlich Auseinandersetzungen.

Politisch haben Deutschland und Rußland seit dem Ostervertrag von Riga, in dem Rußland aus ihm zustehende Forderungen nach dem Gewaltbündnis von Versailles verzichtete, gute Beziehungen. Beide Mächte können in der Weltpolitik eine gute Begründung miteinander gehen, vorausgesetzt, daß man in Moskau der Dritten Internationale in ihrer Propaganda für die Weltrevolution straffes Gügel anlegt. Schlechte Geschäfte im Außenhandel wirken natürlich ebensolch nicht gerade als Mittel für politische Verträge. Es wäre deshalb erfreulich, wenn die Besprechungen in Berlin erneut zur Förderung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen beitragen würden.

Die größte Bedeutung für den beiderseitigen Wirtschaftsverkehr hat die Ein- und Ausfuhr. 1926 hat Deutschland für rund 300 Millionen M. Waren aus Rußland bezogen und für 264 Millionen M. Waren nach Rußland ausgeführt. Die Hauptosten des deutschen Warenbezugs aus Rußland bilden Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Viehzucht, bei deren Regelung das Interesse der deutschen Landwirtschaft streng gewahrt werden muß. Die Ausfuhr nach Rußland wird in der Hauptsache der Maschinenindustrie, den chemischen Werken und von der Textil- und Tuchindustrie befreit. Große Bedeutung kommt der Ausfuhr nach Rußland infolge zu, weil es sich hierbei meist um hochwertige Produkte handelt. Während zum Beispiel ein Kilogramm deutscher Ausfuhrware einen Durchschnittspreis von 1 M. hat, stellt sich dieser Satz bei den nach Rußland ausgeführten Waren auf 1,46 M. Eine wichtige Rolle im Außenhandel mit Rußland spielt die Kreditfrage. Rußland ist Kapitalarm, entbehrt ausländische Staatsanleihen und hilft sich deshalb dadurch, daß es vom Ausland Waren langfristig auf Kredit kauft. Deutschland ist dem bereitwilligst nachgekommen und hat so der Wirtschaft erhebliche Aufträge zugestellt.

Weitere Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern ergeben sich aus der russischen Konzeptionspolitik, also aus der Übernahme russischer Produktionswerke durch ausländische Wirtschaftsgruppen. So haben die Kruppwerke eine große landwirtschaftliche Konzession in Rußland erworben. Erfolge hat die deutsche Industrie auf diesem Gebiete nicht errungen, die Enttäuschungen und Verluste überwiegen bei weitem. Hinzu kommt, daß der volkswirtschaftliche Wert der Bewirtschaftung von Konzessionen für Deutschland schon deshalb zweifelhaft ist, weil unsere Kapitalknappheit eine Übernahme wirklich bedeutender Konzessionen der Erdöl- und der russischen Schwerindustrie von vornherein ausschließt. Gute Ge-

fahrungen auf dem Gebiete der Konzessionen hat Deutschland im allgemeinen nur im Verkehrswesen gemacht. Ebenso haben die Verträge über „technische Hilfe“ durchaus günstige Rückwirkungen gehabt. Durch solche mit bedeutenden deutschen Werken geschlossene Abkommen hat Rußland sich die fachlichen Erfahrungen deutscher Wirtschaftsmänner nutzbar gemacht, während die deutschen Werke mit der russischen Wirtschaft in engere Beziehungen kamen, die sich allmählich auch im Außenhandel auswirken werden.

Das Hauptgewicht der neuen Wirtschaftsberechnungen in Berlin ist somit auf die Förderung des direkten Handelsverkehrs zu legen. Die Erleichterung des deutschen Außenhandels mit Rußland ist nach wie vor der sicherste Weg zur Ausdehnung unserer Absatzgebiete auf dem russischen Markt.

Die Hilfsaktion für Ostpreußen.

Reich und Preußen stellen 75 Millionen Mark zur Verfügung. — Die Einzelheiten der Ostpreußen-Hilfe.

Mit Rücksicht auf die durch die Friedensverträge geschaffene einzigartige wirtschaftliche Notlage Ostpreußens war in der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg Ende Dezember 1927 abgehaltene gemeinsame Sitzung des Reichsministeriums und des Preußischen Staatsministeriums die Notwendigkeit von Hilfmaßnahmen für diese Provinz grundsätzlich anerkannt worden.

Neber die Durchführung dieser Hilfmaßnahmen sind in der Zwischenzeit eingehende Beratungen unter den Ressorts und mit den Vertretern der ostpreußischen Wirtschaft in Königsberg und Berlin gepflogen worden. Am Dienstag fand eine neue gemeinsame Sitzung beider Regierungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt, deren Beratungsgegenstand das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen bildete.

Wie amtlich mitgeteilt wird, wurde über die Durchführung der Hilfmaßnahmen volles Einverständnis erzielt. Die Hilfsaktion zerfällt in ein System von einzelnen Maßnahmen, zu denen insbesondere auch die Erleichterung der Aufnahme einer höheren Ansiedlung gehört. Aus Mitteln des Reiches und Preußens wird für das laufende Jahr ein Betrag von 75 Millionen Mark vorgesehen, von denen 60 Millionen vom Reich und 15 Millionen von Preußen bereitgestellt werden sollen. Die Wege, die zur Herbeiführung der Befriedung der ostpreußischen Wirtschaft beschritten werden sollen: die Errichtung neuen erheblichen Kredits zu günstigen Bedingungen, die Umwandlung der drückenden hohen Periodenschulden der Landwirtschaft in einen langfristigen zweistelligen Hypothekenkredit, besondere Kreditmaßnahmen für Kleinbauern, Besitzer Pächter, Siedler usw. und weitere Maßnahmen zur Erhaltung des Besitzes sowie zur Stützung der ostpreußischen Industrie fanden allseitige Billigung. Zur

Sentenz der öffentlichen Lasten wird das Reich durch Entgegenkommen bei den Reichsteuern und andere Entlastungsmaßnahmen, Preußen durch Erleichterung der Schulden und Steuern beitragen. Schließlich wurden die Vorschläge für eine besondere Berücksichtigung Ostpreußens auf dem Gebiete des Eisenbahngüterverkehrs geprüft und anerkannt. Die Hilfmaßnahmen werden unverzüglich verwirklicht werden.

Einigung über die Eisenpreise

Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Curtius und unter Beteiligung der Länderregierungen fanden im Reichswirtschaftsministerium die angekündigten Verhandlungen mit den eisenproduzierenden und eisenverarbeitenden Industrie über die strittigen Fragen in der Preisgestaltung für die süddeutschen Bezieher statt. Zu Beginn der Sitzung wurde von dem Vertreter der eisenverarbeitenden Industrie die Erklärung abgegeben, daß inzwischen eine Einigung über die Gestaltung der süddeutschen Marktverhältnisse zwischen den eisenproduzierenden und eisenverarbeitenden Industrie erzielt worden ist. Es verbleibt bei der bisher gültigen Preisregelung für Süddeutschland.

Ersatz für die Kriegssächtung.

Paris feiert die Unterzeichnung des Schiedsgerichtsvertrags mit Washington. — Amerika bleibt fühl. — Kellogg flüchtet nach Kanada.

Paris begeistert sich an der Unterzeichnung des französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrags in Washington, die ausgerechnet am 150. Jahrestag des ersten Vertragsabschlusses zwischen Frankreich und Nordamerika erfolgte. Briand gab zu Ehren des amerikanischen Botschafters ein Gabelstechfest, und die Presse spricht von einer weihelosen Stunde. In Washington denkt man allerdings wesentlich nüchterner. Staatssekretär Kellogg entzog sich den Unterzeichnungsfeierlichkeiten durch eine Reise nach Kanada, so daß die amerikanische Unterschrift durch einen Unterstaatssekretär vorgenommen werden mußte.

Der Wortlaut des Abkommens wird erst nach der Zustimmung des Senats veröffentlicht, dem Coolidge den Befehl bereits unterbreitet hat. Wie die Presse erfährt, besteht der Vertrag aus einer Präambel und aus vier Artikeln. In der Präambel weisen beide Mächte darauf hin, daß sie seit 150 Jahren in Frieden und Freundschaft leben und endgültig auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik verzichten wollen. Vertragliche bindende Kraft hat diese Erklärung jedoch nicht, so daß sie auf keinen Fall

eine Verwirklichung der geplanten Neigung des Reiches darstellt, über die schon seit Monaten erfolglos verhandelt wird. Der französische Botschafter in Washington, Clauzel, glaubte trotzdem den neuen Balk als die Einleitung eines Zeitalters der Kriegs-Öffnung feiern zu können!

Inhaltlich unterscheidet sich der neue Vertrag in nichts von dem alten, den er ablöst. Rechtsstreitigkeiten sollen durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden und für die übrigen Zwistigkeiten ist ein Vergleichsverfahren vorgesehen. Beeinträchtigt werden diese Bestimmungen dadurch, daß

eine Reihe Vorbehalte

gemacht wurde und der amerikanische Senat ergangene Schiedssprüche billigen muß. Streitigkeiten aus der Anwendung der Artikel des Völkerbundesatzung, ferner solche, die mit der Monroe-Doktrin und mit der inneren Segegebung zusammenhängen oder dritte Mächte betreffen, fallen nicht unter den Vertrag.

Königsbesuch aus Kabul.

Das Programm für den Aufenthalt des Königs von Afghanistan in Berlin.

Am 21. Februar trifft der gegenwärtig auf einer Europareise befindliche König von Afghanistan, Amanullah, in Deutschland ein. Es ist das erstmal seit dem Kriege, daß Deutschland den offiziellen Besuch eines fremden Monarchen zu verzeichnen hat. Amanullah wird an der Grenze von Vertretern der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes empfangen, die ihn mit einem Sonderzug nach Berlin geleiten, wo am 22. Februar ein feierlicher Empfang durch den Reichspräsidenten und die Spiken der Behörden stattfindet. Der König stattet dann dem Kanzler einen Besuch ab; abends finden Essen statt, auch ist eine Galavorstellung in der Oper vorgesehen. Damit schließt das offizielle Programm. Das Königspaar hält sich noch einige Tage inoffiziell in Berlin auf und besucht dann noch während einer weiteren Woche verschiedene Städte in Deutschland.

Parlamentseröffnung in London.

Das traditionelle militärische Gebräuge. — Die Thronrede des Königs.

Unter dem üblichen militärischen Gebräuge wurde am Dienstag in London die diesjährige Tagung des englischen Parlaments eröffnet. Der König fuhr in einer goldenen Kutsche und begleitet von der Garde-Kavallerie, einer Batterie und mehreren Bataillonen vom Buckinghampalast nach dem Oberhaus. Als er das Haus der Lords betrat, feuerte eine Batterie den dafür vorgesehenen Salut von 41 Schüssen ab. Die Verleihung der Thronrede dauerte diesmal nur wenige Minuten. Argewölk für Deutschland bedeutsame Menhirungen hat sie nicht enthalten. Die Thronrede betont Englands Bereitwilligkeit, den chinesischen Wünschen zu entsprechen, beglückt den von Washington unterbreiteten neuen Schiedsgerichtsvertrag, spricht von Anzeichen einer allmäßlichen Besserung des Handels und stellt eine wohlwollende Prüfung der Möglichkeiten zur Milderung der Steuerlasten in Aussicht.

England über die U-Boot-Frage.

London, 8. Februar. Der Presse zufolge wird in britischen Kreisen die Hoffnung ausgedrückt, daß auf die Erklärung Kelloggs über die Abschaffung der U-Boote später eine offizielle Note an die Mächte folgen werde.

Die Wunde am Rhein.

Deutsche Sprache englischer Blätter gegen die Besetzung des Rheinlandes.

Unter der Überschrift „Eine offene Wunde“ befaßt sich die englische Zeitung „Manchester Guardian“ mit der Frage der Rheinlandbesetzung und bezeichnet die Besetzung als eine „dauernde und quälende Erinnerung an Demütigung und Niederlage“, die „Unwillen, Verstimmung und Bitterkeit“ in ganz Deutschland verursache. Sie stellt in den Augen jedes Deutschen die hervorstechendste Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages und eine offenkundige Verlegung der in Locarno und im Vertrage selbst gegebenen Verpflichtungen dar, daß Deutschland, wenn es loyal die Bedingungen des Vertrages beobachte, das Recht auf nachsichtigere Behandlung haben würde.

Deutschland habe die Entwaffnungsbedingungen erfüllt, bezahle jeden Heller des Dawesplanes und könne daher nicht beschuldigt werden, den Vertrag nicht erfüllt zu haben! Außerdem hat es, so fährt das Blatt fort, freiwillig

die Verpflichtungen des Locarnovertrages vorgesetzten und übernommen. Dies war vor mehr als zwei Jahren, und abgesehen von einer Verminderung der Besetzung um 10 000 Mann ist nichts weiter erfolgt. Ist es daher überraschend, daß die deutsche Regierung unruhig wird? Es ist wahrhaftig, daß die Besetzung ohne weitere Schäden vereinbart wird, und es ist zu hoffen, daß Chamberlain Briand klar machen wird, daß England noch nicht den Preis erhalten habe dafür, wofür es die erste Verpflichtung von Locarno übernommen hat.

Politische Rundschau.

Berlin, den 8. Februar 1928.
In der Villa des Reichsaußenministers fand ein Frühstück zu Ehren des Apostolischen Nuntius Vacelli statt.

Oberregierungsrat Dr. Oldenburg vom preußischen Landwirtschaftsministerium übernimmt die Leitung des Ausbaus des landwirtschaftlichen Bildungswesens in der Provinz.

Die neue Regierung des Landes Hessen wurde vom Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten gebildet. Staatspräsident wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Adelung; das Zentrum entsendet den Abg. Kirchner, die Demokraten den Abgeordneten Körrell in das Ministerium.

Sitzung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei. Der Provinzialausschuss der rheinischen Zentrumspartei hielt in Köln eine Sitzung ab und sprach sich für die baldige Verabschiedung des Schulgesetzes aus. Die Entschließung des Reichsparteiausschusses vom 29. Januar wurde genehmigt.

Rundschau im Auslande.

In Warschau fand eine polnisch-russische Besprechung über die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen statt.

Der Präsident der französischen Republik hatte eine Unterredung mit dem rumänischen Außenminister Titulescu.

Der ehemalige Vorsitzende des Volksauswaßtusses der Krim, Ibragimow, ist wegen unverdiger Handlungen verhaftet worden.

Ausweisung eines Deutschen aus Polen.

Wie aus Tübingen gemeldet wird, ist der deutsche Reichsbürgermeister Lunau durch eine Verordnung des Wojewoden ohne Angabe von Gründen mit einer Frist von vier Wochen als „lästiger Ausländer“ aus Polen ausgewiesen worden. Lunau wurde vor fünf Jahren schon einmal ausgewiesen, doch konnte er damals die Rücknahme des Ausweisungsbefehls erreichen.

Der Reichstag zum Mieterschutz.

Zweite Lesung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Mieterschutz- und des Reichsmietengesetzes.

Berlin, den 7. Februar 1928.

Reichstagspräsident Voß eröffnet die heutige Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angebrachten Rathruf für den plötzlich verstorbenen demokratischen Abgeordneten Dr. Ritschig. Der Platz des Verstorbenen ist mit einem Strauß weicher Blumen geschmückt.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes. Beide Gesetze sollen nach den Antragsanträgen bis zum 21. März 1928 verlängert werden. Die wichtigste Änderung liegt darin, daß nach der neuen Fassung des Mieterschutzgesetzes der Vermieter das Mietverhältnis kündigen kann. Er lädt in diesem Falle dem Mieter durch das zuständige Amtsgericht ein Kündigungsbeschreiben zugehen, für das ein bestimmtes Formular vorgeordnet ist und das die bestimmte Angabe der Tatsachen enthalten muß, auf die die Kündigung gestützt wird.

Der Mieter kann gegen die Kündigung beim Gericht Einspruch erheben, worauf die Rechtfertigung der Kündigung im gerichtlichen Güterverfahren nachgeprüft werden muß. Verläuft der Mieter die zweitwöchige Einspruchsfrist, kann Nämungsbefehl gegen ihn erlassen werden.

Abg. Spindler (Soz.) erklärt, die mit der neuen Vorlage bezweckte weitere Vorderung des Mieterschutzes sei in keiner Weise begründet und notwendig. Der Wohnungsmangel sei noch immer katastrophal. Die Annahme, daß ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft zur Belebung des Baumarktes führen werde, sei längst als falsch erwiesen. Die Regierungsparteien hätten nicht einmal den außen Gründen Rechnung getragen, die den Reichstag zur Ablehnung der Vorlage veranlaßt hätten. Der vorliegende Entwurf bedeute eine unerhörte Schädigung der großen Massen der Mieter. Die Sozialdemokratie lehne ab und beantrage die Verlängerung des bestehenden Gesetzes.

Rechtsjustizminister Hergt

bezeichnet die Ausführungen des Vorredners als einen Ausdruck der Kampfstellung: die Wohnungszwangswirtschaft, die Wirtschaftskreisheit und Eigentum! Dieser grohe programmatische Kampf sei jetzt durch eine ironische Agitation neu entfacht worden, obwohl der vorliegende kleine Gesetzentwurf gar keinen Anlaß zur Aufruhrung des großen arbeitsähnlichen Streites biete. Ich bekenne mich

Der „böse“ Vertrauensarzt.

In der „Gesundheit“ schreibt Dr. Levy-Lenz, Berlin:

Raum eine Einrichtung der Kassen wird vom großen Publikum unwillig empfunden als die Nachuntersuchung durch den Vertrauensarzt. Bekommt ein Patient, der von seinem behandelnden Arzte irgendneiner Krankheit wegen arbeitsunfähig geschrieben ist, vom Kassenamt die Aufforderung, sich in den nächsten Tagen zum Vertrauensarzt zu begeben, so ist mit seltenen Ausnahmen der Moment gekommen, wo alles üble Nachgerede, alle Schlagworte hervorgeholt werden, um über die Kasse zu schimpfen: „Kaum bin ich acht Tage krank, sofort muß ich zum Vertrauensarzt!“ Oder: „Wozu muß ich denn zum Vertrauensarzt? Ich weiß ja doch, der ist nur dazu da, mich sofort zur Arbeit zu schicken, dafür bekommt er ja kein Geld!“ Es sind immer dieselben Ladenhüter am Ein- und Ausreden, die das herhalten müssen.

Dieses Misstrauen der Patienten wird nun besonders dadurch gefordert, daß sie über die Aufgaben dieses unentbehrlichen Mitgliedes der Krankenfürsorge wenig oder falsch unterrichtet sind, unentbehrlich, weil der Vertrauensarzt ein Hauptfaktor zur Bekämpfung von Schwindeln gegen die Kassen ist. Jede Schädigung der Kassen, aber ist, das sollte sich jedes Kassenmitglied vor Augen halten, auch eine Schädigung der Kassenmitglieder selbst.

Was auf der einen Seite der eine fälschlicherweise ergottet, muß auf der anderen Seite der wirklich Kranke und Bedürftige entbehren.

Zunächst ist hier ausdrücklich zu betonen, daß kein Vertrauensarzt jemals von den Kassen den Auftrag hat, wirklich arbeitsfähige Patienten arbeitsfähig zu schreiben. Mit einem solchen Auftrag würden sich die Kassen ja ins eigene Fleisch schneiden; würde z. B. ein Vertrauensarzt einen Patienten mit einer Grippe zur Arbeit schicken, so würde dieser wohl bald einen Rückfall bekommen, und dieser Rückfall würde der Kasse viel mehr Kosten bereiten, als die paar Tage, die vorher zur völligen Ausheilung nötig waren. Der Vertrauensarzt hat vielleicht lediglich die Aufgabe, ohne Ansehen des Person nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, ob Arbeitsfähigkeit vorliegt oder nicht. Zu einem solchen Urteil ist er aber auch besonders geeignet, denn zu Vertrauensärzten werden von den Kassen nur solche Aerzte gewählt, die als Spezialisten ihres Fachs nicht nur wissenschaftlich bedeutend sind, sondern die auch auf Grund einer langjährigen Praxis und Erfahrung Gewähr dafür bieten, die Schaden einer Krankheit und die Erfordernisse der Arbeit gegeneinander abwägen zu können. Dazu kommt noch, daß ihnen die

grundlegend zu dem Standpunkt, daß jede Zwangswirtschaft ein Nebel ist. Der vorliegende Entwurf aber bringt keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite. Da grundlegende Entscheidungen ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Gesetzentwurf hält genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten. Er bringt keine Operation, sondern mildernde Mittel. Die

Vorderung der Wohnungszwangswirtschaft

überlassen wir bewußt den Ländern, wir wollen hier keine Centralisation von Reichs wegen.

Nichts ist an dem bestehenden materiellen Recht geändert, wir haben lediglich formelle Erleichterungen eingeführt, die beiden Teilen, Mietern und Vermietern zugute kommen. Der Entwurf erleichtert auch die allmähliche Wiederherstellung der normalen Verhältnisse dadurch, daß er bei der langen Zeit der Zwangswirtschaft etwas verdunkelten Begriff der Kündigung wieder herstellt. Es ist absichtlich, daß nun eine Flut von Kündigungen erwartet werden müßte.

Das materielle Kündigungsdrecht

wird in seiner Weise erweitert. Die Vorlage ist nur auf einfache Liegenschaften beschränkt, in denen gar kein Zweifel an der Kündigungsberechtigung besteht. Ich habe zu den Vermieterorganisationen das Vertrauen, daß sie die neuen Bestimmungen nicht in einer die Mieterchaft verbitternden Weise anwenden werden. Andererseits kann man zu den Mieterorganisationen das Vertrauen haben, daß sie ihre Mitglieder genügend aufklären, um sie vor schädlichen Wirkungen der Gesetzesänderung zu schützen. Den

Ausbau der Fürsorge für die gekündigten Mieter betrachten wir als eine der vornehmsten Aufgaben der Regierungen des Reichs und der Länder. Der preußische Justizminister erachtet in einem Schreiben, daß Gesetz nicht vor dem 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen. Wir werden und diesem Wunsch folgen müssen und können deshalb an dem vom Ausschuß vorgesehenen Termin des 16. Februar nicht festhalten.

Abg. Dombs (Dtsl.) ist mit dem Minister der Meinung, daß die Wirkung des vorliegenden Entwurfs weit überschätzt wird. Die Mieter seien über die Bedeutung der Vorlage gefälscht worden. Tatsächlich werde in dem bestehenden Gesetz nur das Wort „Klage“ durch „Kündigung“ ersetzt.

Abg. Tremmel (Btr.) betont, die vorliegenden Entwürfe seien keine Vorderung der Wohnungszwangswirtschaft, sondern nur eine Besserung und Vereinfachung des Verfahrens im Rahmen des bestehenden Rechts. Die Wohnungsnorm könne nur gehoben werden durch die Belebung der Bautätigkeit. Diese werde gefördert durch eine weitere Festigung des Eigentumsbegriffs. Das steht wieder eingeführte Kündigungsvorfahren gewohnt dem Mieter erhöhte Sicherheiten als das bisherige Klageverfahren.

Abg. Büll (Dem.) erklärt, es sei unverständlich, wie die Regierung trotz des einmütigen Widerstandes der Mieter- und Vermieterkreise und des Reichsrats diese Gesetzeswürfe dem Reichstag vorlegen könnte.

Noch kurze Ausführungen des Abg. Seiffert (Dtsl.), der eine weitere Vorderung des Mieterschutzgesetzes ablehnt und ein umfassendes Wohnungsbauprogramm fordert, wird die Weiterberatung am Mittwoch vertagt.

Züchterisches.

Die Verhandlungen zur Belebung des Konfliktes in der sächsischen Hüttendenziale sind auf den 10. Februar vertagt worden. Wie hierzu gemeldet wird, reicht Ansicht auf eine gütliche Einigung.

Die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte.

Im Hinblick auf den Umstand, daß die vorläufige Regelung der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte an den Volksschulen mit Wirkung vom 31. März abläuft, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion beantragt, die Regierung zu eruchen, die Bestimmungen des Schulbedarfsgesetzes von 1928 an durchzuführen.

Die Regierungsvorlage betrifft den Entwurf eines Gesetzes über das Lehrerrente recht ist dem Landtag nunmehr zugegangen.

66 Betriebsstilllegungen im Januar.

Im Monat Januar 1928 weist die Zahl der beim sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsministerium eingereichten Anzeigen über beabsichtigte Stilllegung von Betrieben eine Senkung auf. Sie ist von 74 im Dezember 1927 auf 66 zurückgegangen.

Dresden. Von bisher unbekannten Tätern wurde in einem, an der Ecke Berliner und Löbtauer Straße

alten Akten, frühere Krankengeschichten der Patienten, zur Verfügung stehen, daß sie den Bericht des behandelnden Arztes vor sich haben, daß sie in unklaren Fällen weitere Untersuchungen durch Röntgen, Blutproben anstellen können und vor allem, daß sie ihr Urteil schriftlich niedersetzen müssen. Es ist also nicht so, lieber Leser, wie Du es Dir vorstellst, daß der Vertrauensarzt einfach beschließt: Der arbeitet und der nicht. Sein Urteil muß er vielmehr genau begründen. Nehmen wir einmal als Beispiel einen Patienten, der eines Hustens wegen vom Hausarzt arbeitsunfähig geschrieben ist. Der Vertrauensarzt soll nun entscheiden, ist das eine gewöhnliche kleine Erkrankung, bei der der Patient ruhig weiter arbeiten kann, oder steht dahinter vielleicht eine beginnende Tuberkulose. Wäre letzteres nun wirklich der Fall, würde dies aber vom Vertrauensarzt übersehen und der Patient für arbeitsfähig erklärt werden, so würde dieses falsche Urteil des Vertrauensarztes ja bald ans Tageslicht kommen, und Du kannst mir glauben, lieber Leser, einmal kann sich jeder irren, aber zwei solcher Irrtümer und der Vertrauensarzt wäre die längste Zeit in seinem Amt geblieben. Also gerade dadurch, daß der Vertrauensarzt im Gegenzug zum praktischen Arzt durch sein schriftliches Gutachten, das meist sehr ausführlich ist, für immer fehlgemacht wird, muß sein ganzes Bestreben dahin gehen, ein möglichst geistesreines Urteil zu fällen.

Wenn ich Patient, wenn ich wirklich krank wäre, ich muß gestehen, ich würde mich direkt freuen, wenn ich Gelegenheit hätte, kostlos noch von einem zweiten Arzt, noch dazu von einer anerkannten Kapazität, untersucht zu werden: vielleicht hat doch mein behandelnder Arzt dies oder das übersehen, vielleicht liegt doch noch etwas anderes vor, kurz und gut, ist eine wirklich krank, so sollte er in dem Vertrauensarzt nicht seinen Feind, sondern seinen Freund sehen, dessen einziges Bestreben ist, ihn bald gesund zu machen.

Und jetzt kommen wir zur anderen Seite unseres Themas: — ist einer nicht wirklich krank, will er sich nur von der Arbeit drücken, nun dann soll er in dem Vertrauensarzt seinen Feind erblicken, denn Dr. Dreidinger ist die Kasse ganz und gar nicht. Es wäre ermärend, wollte ich hier nur eine kleine Auskunft von den Mitteln bringen, mit welchen die Kasse auf diesen Gebieten betrogen wird, darum möchte ich hier nur einige allgemeine Zahlen nennen, die dem denkenden Menschen genügend sagen werden.

Zunächst einmal ist die Zahl der wegen einer ganz geringfügigen Unfähigkeit arbeitsunfähig geschriebenen Personen ungedeckt. Man kann ruhig auf Grund großer Statistiken sagen, die Hälfte aller arbeitsunfähigen Geschriebenen kann arbeiten. |

gelegenen Verkaufsstand ein schwerer Einbruch verübt, wobei den Dieben 1200 Zigaretten und 1700 Zigaretten der bekanntesten Marken in die Hände gefallen sind.

Dresden. Ende Januar d. J. wurde der Dresdener Kriminalpolizei bekannt, daß in Berlin ein erheblicher Amtsrichter Dr. May sich Auswahlsendungen in Briefmarken von erheblichem Wert in seine Wohnung schickte und dann unter Mitnahme der Marken ohne Bezahlung verschwand. Auf Veranlassung des hiesigen Kriminalamtes wurde der Briefmarkenfischer in Dresden verhaftet und erkannt. Es handelt sich um einen 31-jährigen Bankbeamten Maximilian Winiarski von hier. Er konnte zu den angeführten Fällen als Täter überführt werden und ist geständig.

Dresden. Der Bezirksdirektor der Gothaer Versicherungsbank Schröder, hatte wegen fahrlässiger Fahrverlegung und Vergehens gegen das Kraftfahrgesetz einen Strafbefehl über 100 Mark erhalten. Es handelte sich um einen Zusammensetzung eines Kraftwagens mit einem Motorrad, wobei der Motorradfahrer eine schwere Gehirnerkrankung, und seine Begleiterin auf dem Sozius einen Nasenbeinbruch davontrug. Das Gemeinsame Schöffengericht, das über den Einspruch des Autoführers Schröder gegen den Strafbefehl zu befinden hatte, kam nach einer eingehenden Beweiserhebung dazu, den Angeklagten für schuldig zu erklären und segte die Bestrafung auf 1000 Mark Geldstrafe fest.

Messingen. Da die in den Haushaltsposten für 1927-1928 für die Sonnenlohe Totenbestattung bereitgestellten Mittel aufgebraucht sind, bewilligte der Rat weitere 6000 Mark als Berechnungsgeld für die

Kirche. Hier ist der 70 Jahre alte Landwirt Schwarze beim Ackern dadurch tödlich verunfallt, daß ihm die Pferde durchgingen und er bei dem Sturze auf den Erdbohlen eine Gehirnerkrankung davontrug.

Bautzen. Vom Spielmannszug der freiwilligen Feuerwehr von Hochkirch, der sich auf einem Übungsmarsch befand, wurden von einem Motorradfahrer 8 Mann angefahren und verletzt. Zwei Feuerwehrleute trugen schwere Kopfwunden davon. Der Motorradfahrer, der keinen Führerschein hatte, und der Beifahrer wurden gleichfalls verletzt. Das Motorrad wurde stark beschädigt.

Leipzig. Im Arbeitsamtbezirk der Stadt Leipzig sind am 1. Februar 22 773 Arbeitssuchende zum Dienst bestellt worden, von denen 17 070 Arbeitslosen- oder Krisenfürsorgeunterstützung erhielten. 449 Kräfte wurden als Notstandsarbeiter zur gleichen Zeit beschäftigt.

Leipzig. Die Ausstellung „Das junge Deutschland“, die nunmehr geschlossen worden ist, hatte in den Wochen, während deren sie abgehalten wurde, eine Besucherzahl von etwa 55 000 aufzuweisen.

Leipzig. An der Ecke Park-Platz und Hauptzollamtstraße wurde ein 38 Jahre alter Arbeiter von einem Kraftwagen angefahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

Leipzig. Auf der erstmalig veranstalteten japanischen Ausstellung auf der Leipziger Frühjahrsmesse werden 114 angehobene japanische Firmen aus allen Landesteilen Japans vertreten sein und tausende von Mustern der verschiedenen Warenarten ausstellen. Auf der französischen Ausstellung der Leipziger Frühjahrsmesse sind u. a. 40 große französische Seidenwarenfabriken vertreten. Die italienische Ausstellung verzeichnet rund 50 Ausstellerfirmen.

Meerane. Hier ist eine 30 Jahre alte Frau durch Leichtsinn verletzt worden und zwar an dem Tag, an dem vor einem Jahr ihr Mann Selbstmord begegangen hat.

* Nach einer Meldung aus Dresden, erlag Major Uhl, der Kommandeur der 2. Abtlg. des Art.-Reg. Nr. 4, einem Herzschlag.

Krank und arbeitsunfähig ist nämlich nicht dasselbe. Wenn ich einen Schnupfen habe, bin ich krank, aber nicht arbeitsunfähig; wenn ich eine Bartfleckleiste habe, bin ich krank, aber nicht arbeitsunfähig. Die meisten Kassenmitglieder wissen das nicht und glauben deshalb, bei dem leidenden Weibchen nicht arbeiten zu dürfen: erst kürzlich hatte ich einen Patienten nachuntersuchen, der empört war, weil ich ihn für arbeitsfähig erklärt — er hatte — einen harmlosen Ausschlag am Ohr.

Interessant ist auch die Tatsache, daß die meisten Patienten, die die Aufforderung zur Nachuntersuchung bekommen, erst gar nicht untersucht abwarten, sondern sich sofort von ihrem behandelnden Arzt arbeitsfähig schreiben lassen, was sicher kein Zeichen eines guten Gewissens ist. Waren diese Fälle vereinzelt, könnte man glatt über sie hinweg schreiten, aber wenn bei einer Kasse von hundert Aufgabendiensten jedwig dieses Manöver machen, wenn sie mit dem Moment, wo sie nachuntersucht werden sollen, von selbst zu arbeiten anfangen, sollte das nicht zu beklagen geben? Sollte da die Kasse nicht mißtrauisch werden, und ist da ihr Streben nicht verständlich, sich ihre Arbeitsunfähigen genauer anzusehen?

Und ebenso ist es mit den Krankmeldungen der Patienten, die aus irgendinem Grunde ihre Arbeit verloren haben. Bleibt in legendinem Berufe ein Streck aus, so verschriftlicht sich die Zahl der sich arbeitsunfähig meldenden; trifft starker Strock auf, so daß die Dauerarbeiter nicht arbeiten, so verfälscht sich sogar diese Zahl. Wollt bei der Firma X. am Montag gestrichen werden, soll es am Dienstag viermal so viel Arbeitsunfähige geben wie am Tage vorher? Das soll mit rechten Dingen zugehen? Es liegt mir fern, die Notlage des einzelnen zu erkennen, der plötzlich ohne Erkennungsmitte in dem Krankengeld seinen letzten Rettungssanker sieht, aber es ist nun einmal nicht durchführbar, wenn die Kasse, die für wirklich Kranke bestimmt sind, Arbeitslose unter fiktiver Flosce unterstützen sollen. Dazu sind andere Institutionen da, die Kassen aber müssen sich leistungsfähig halten für die wirklich Besuchten, sie müssen sparen, um Arzts, Apotheker, um Krankenhäuser und Ambulatoires, um Erholungsheime und Heilstätten begabt zu können, und um das zu erreichen, und um sich vor Betrügern zu schützen, ist eine gewisse Kontrolle notwendig, und zu diesen Kontrollen gehört ebenso wie der Krankenbesucher der Vertrauensarzt. Wohl mag der wirklich Arbeitsunfähige sich ungemein berührt fühlen, wenn er kontrolliert wird — jede Kontrolle ist nun mal etwas Peinliches — aber sie ist, wie ich geschildert habe, nötig, solange wir Menschen sind. Menschen mit menschlichen Krankheiten und mit menschlichen Gefahren.

* Das Schriftsausgabe auf weite

Der Schriftsausgabe auf weite

Der Schriftsausgabe auf weite

Der Schriftsausgabe auf weite

der Reichsnahme des Schriftsausgabe auf weite

Da mehrere Kinder der Volkschule in Behren an Scharlach erkrankt waren, so musste am Freitag vormittag der Unterricht in den unteren Klassen bis auf weiteres eingestellt werden.

Miete- und Lohnfragen.

Aus dem Sächsischen Landtag.

Dresden, den 7. Februar 1928.

Der Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung beratenen Anträge in Mietangelegenheiten im Sinne des Auschusses zu erledigen. Angenommen wurde in abgeänderten Form der Antrag Haertel (Wolfsrechtsp.) betr. die Verlängerung des Mieterbuchs- und Reichsmietebuchs. Die drei Anträge der Demokraten wurden in der umgewandelten Form des Ausschusses angenommen. Dennmals wird die Regierung an sich bei der Reichsregierung vorstellig werden, daß in Mietangelegenheiten das Schiedsgerichtsverfahren ausgebaut und mit verpflichtender Wirkung ausgestattet wird, ferner daß bei der Reichsregierung für eine grundhafte Änderung des allgemeinen Mietrechts in dem Sinne eingetragen wird, daß dem Mieter, der seine Verpflichtungen erfüllt und eine angemessene Miete zahlt, nur dann gefündigt werden darf, wenn ein triftiger Grund vorliegt, endlich daß die Einrichtungen und die Tätigkeit der bereits im Entstehen begriffenen freiwilligen Schiedsgerichte zur Beteiligung entstehender Härten durch Herbeiführung einer gültlichen Einigung in jeder Weise gefördert werden.

Es folgte die zweite Beratung der kommunistischen Anträge

gegen den Arbeitszeitnotgesetzentwurf

der Reichsregierung, bzw. zur Billigung der Stellungnahme des Sächsischen Vertreters bei der Erledigung dieses Gesetzes.

Zu dem Antrag lag ein Minderheitsantrag vor, 1. im Gesetz zu bestimmen, daß unter Tage nur 7 Stunden gearbeitet werden darf, 2. die übrigen Paragraphen so zu ändern, daß der Arbeit und Dienstag als Nationalarbeitswoche festgelegt und kleinere Ausnahme zugelassen wird.

Nach längeren Ausführungen des Abg. Sieberach (Kom.) wurde der erste Teil des Minderheitsantrags angenommen, der zweite abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde auch der kommunistische Billigungsentwurf.

Das Haus trat dann in die zweite Beratung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge, betr. die Lohnverhältnisse in den mitteldeutschen Kohlenbergbau,

insbesondere bei den Sächsischen Werken, sowie auf Zurückziehung der Technischen Not hilfe und der Polizei aus dem Streitgebiet in Mitteldeutschland. Es handelt sich darum, daß die Regierung als Vertreterin der Allianzmeinhheit der Sächsischen Werke die Erfüllung der von den Gewerkschaften zur Vereinbarung der Lohnverhältnisse in dem mitteldeutschen Bergbau eingereichten Forderungen nachdrücklich vertreten und diese Forderungen für die Betriebe der Sächsischen Werke erfüllen soll. Danach soll der Lohn pro Schicht und Arbeiter um 80 Pfennig erhöht und der Regierung die Arbeitszeit auf 8 Stunden verminderd werden, weiter soll der Regierung unterstellt werden, in Zukunft im Streitgebiet Technische Not hilfe und Polizei einzusehen.

Finanzminister Weber

erklärte namens der Regierung, der den Schiedsgerichtsprinzip beobachtet habe, sei den Forderungen der Gewerkschaften weit entgegengesessen. Eine Anzahl Braunkohlenwerke, auch die A. G. Sächsische Werke haben an der Mehrbelastung schwer zu tragen. Die Sächsischen Werke

tonnten unmögliche Forderungen erinnern, die der Schiedsgerichtsprinzip nicht entsprachen habe. Der Minister verteidigte den Einsatz der Technischen Not hilfe und bat um Ablehnung der Anträge.

Der Landtag lehnte dann auch die Anträge ab mit Ausnahme des Teils, der die Verminderung der Arbeitszeit auf acht Stunden verlangt.

Bei der Beratung mehrerer Anträge auf Ergänzung des allgemeinen Berggesetzes (Einführung von Grubenkommissionen und umfangreiche Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen im Bergbau), erklärte ein Regierungsvertreter, daß das neue Grubenheitsgesetz erst am 1. April 1927 in Kraft treten sei und ein abschließendes Urteil über die gemachten Erfahrungen noch nicht möglich sei.

Hieraus ergab sich das Haus auf Donnerstag, den 9. Februar 1928.

Der neue Pfandhaus-Standal.

Wo bleibt die Handelsüberwachungsstelle?

Der große Berliner Lombardsstandal Bergmann, der die Untersuchungsbehörden nach wie vor stark beschäftigt, scheint noch eine Reihe anderer jaurer Existenz mit sich zu reichen. Zur Zeit befindet sich die Berliner Polizei mit einem Standal, dessen Hauptperson diesmal ein konzessionierter Pfandleiter ist. Bereits seit Jahren versuchen die Behörden, und zwar sowohl die Polizei als auch die Gerichte, dem Pfandleiter zu Leibe zu gehen, doch hat dieser, soweit er nichts anderes betreibt als das, was Bergmann in größerem Maßstab gemacht, es keines vermocht, durch die Gesetzesmaßen zu entwischen.

Es handelt sich um den Pfandleiter Bernhard Winter, in Firma "Winters konzessioniertes Leihhaus". Bei den Polizeibehörden haben sich bisher etwa 100 Personen gemeldet, denen Winter entweder wertlose Pfandscheine verkauft oder denen er unter Vorstellung falscher Tatsachen größere Beträge zur Führung seines Geschäfts entlockt hat. Zu den Geschädigten, die zum größten Teil Berliner Kaufleute sind, soll auch der Sohn eines Landgerichtsdirektors gehören. Winter hatte nach einiger Zeit die Konzession für das Pfandgeschäft auf den Namen seiner Frau übertragen lassen und fungiert jetzt nur noch dort als sogenannter "Geschäftsführer". Nach dem Vorfall Bergmanns injizierte Winter eine Zeitlang in Tageszeitungen und

siebziger Spaltenlagen, die er mit 24 bis 36 Proz. zu verzinsen versprach.

Die Gelder selber griff er jedoch nicht an, sondern arbeitete nur mit ihnen und weigerte sich überhaupt auch nur einen Pfennig Zinsen zu zahlen. Als Erklärung dafür gab er an, der Kreditgeber mache sich bei einer Anzeige des Wuchers schuldig, wenn er so hohe Zinsen einstecke, oder er wies auch darauf hin, daß sein geringes Einkommen als Geschäftsführer nicht pfändbar sei. So gelang es ihm, einem in der Umgebung Berlins lebenden Kaufmann Wiensdruck 30 000 Mark abzunehmen, von denen der Betrogene nur etwa 4000 Mark wiedergesehen hat. In einem zweiten Fall hat er einen Herrn Saeger um 14 000 Mark geprellt, die sich jedoch der Betrogene durch einen Zahlungsbefehl gegen Winter und Beschlagnahme von 120 Pfandscheinen zurückholte.

Durch die suggestive Sicherheit Winters verliehen sich die Kreditgeber immer auf seine Angaben, zumal der Pfandleiter als Referenz eine Bank im Zentrum Berlins angab, mit der er in Wirklichkeit niemals zu tun gehabt hatte.

Vorgerücklich sind zur Feststellung des Umfangs der Winterschen Betrügereien umfassende Ermittlungen im Gange. Der Reichsverband der Pfandleiter Deutschlands hat mit Rücksicht auf die bisherigen Vorwürfe bei der zuständigen Polizeibehörde beantragt, dem Unternehmen die Konzession zu entziehen.

Der „Bankier“ und der „Justiziar“.

Bevorstehende Gegenübersstellung von Bergmann und Jakob.

Dem Bericht nach sind die vorläufigen Vernehmungen der Angeklagten und der Verhafteten in der Betriebsstätte des Allgemeinen Lombard- und Lagerhauses so weit fortgeschritten, daß nunmehr mit dem Verhörs des „Bankiers“ Paul Sally Bergmann, des Inhabers der Firma, und seines „Justiziers“, des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Walter Jacoby I., zu rechnen ist.

Bauraumlich wird Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby bei seinen Vernehmungen auf dem Standpunkt, den er bisher eingenommen hat, verharren. Er wird nicht bestreiten, daß er Bergmann beraten hat und daß er dafür bezahlt worden ist. Ebenso ist kaum anzunehmen, daß Jacoby in Abrede stellen sollte, günstige Gutachten und Auskünfte an solche Personen gegeben zu haben, die mit dem Allgemeinen Lombard- und Lagerhaus in Geschäftsvorkehrungen standen und diesem Kapitalien zur Verfügung stellen wollten.

Was die angeblichen Beziehungen Dr. Jacobys zu Justizier betrifft,

so wird von den Verteidigern ausgeführt, daß nach Angabe des Dr. Jacoby persönliche und dienstliche Beziehungen zwischen ihm und Justizier nicht bestanden haben sollen. Sie machen darauf aufmerksam, daß Staatsanwalt Jakob I. der Bearbeiter der Anklage gegen Holzmann und Bartels war und mit dem eigentlichen Fall Justizier nichts zu tun hatte.

Meine Nachrichten.

* Vorauftisch am 7. April soll das Berliner Opernhaus unter den Linden nach Beendigung der umfangreichen Bauarbeiten mit einer Festsitzung der „Meistersinger“ wieder eröffnet werden.

Mitteldeutscher Rundfunk.

Donnerstag, 9. Februar.

16.30—18.00: Leipzig. Kunsthoftheater. Dirig.: Hilmar Weinert. * 17.15: Lernen Sie fremde Sprachen? Werbewortrag. * 18.00—18.20: Auswertungsrundfunk. * 18.20—18.30: Stenogramm. * 18.30—18.55: Spanisch für Fortgeschrittenen. * 19.00: Wettervorausfrage. Schneberichte, Zeitangabe, Arbeitsmarktsbericht des Sächs. Landesamtes für Arbeitsvermittlung. * 19.15—19.45: Priv.-Doz. Dr. Schmidmann vom Pathologischen Institut der Leipziger Universität: Tod und Scheintod. * 19.45—20.15: Priv.-Doz. Dr. Willy Friedmann: Einfließende Worte zu nachfolgendem Vorspiel. * 20.15: „Adolfat“ Pathelin. Mordfälle in Prosa nach der berühmten Farce Maitre Patelin. Von Brueys. * 22.00: Guntranner. * 22.30: Gunstille.

dat der Großindustrie mit ungewöhnlicher Höflichkeit die Friseuse. Die verließ sofort das Zimmer.

Was hast du denn, Ba?

„Eine Überraschung, Eliza. Unsere heutige Abendgesellschaft wird durch die Anwesenheit des... berühmtesten Mannes zu einem gesellschaftlichen Ereignis ersten Ranges. Welch du, wer kommt?“

„Deiner Erregung und deinen Worten nach kann es nur... Herr Karner sein!“

Sie sah den Vater gespannt an.

„Richtig! Dein Schatz triumphiert wieder einmal. Herr Karner kommt mit Herrn Hallenbach um neun Uhr.“

In den Blauäugigen der hochgewachsenen, wirklich blühenden Blondine war Staunen und Freude.

„Herr Karner! Das ist wundervoll! Ich gestehe, daß ich sehr neugierig auf ihn bin.“

„Ich nicht minder. Ich bin richtiggehend voll Spannung.“

Eliza lächelte. „Ich weiß warum. Dir geht es um deine Bergwerke. Tagtore ich richtig?“

„Nein, nein! Darüber bin ich beruhigt. Das macht es nicht aus. Karner interessiert mich ungeheuer. Der Mann ist's auf den ich gespannt bin, der Mann, der eben mit einer Geste, einer wunderbaren Selbstverständlichkeit ein neues Zeitalter heraufschwört. Ich glaube, wir sind alle Schulungen gegen ihn.“

Eliza lächelte nachdenklich.

„Ich verstehe dich völlig, Pal. Aber mich interessiert auch... Herr Hallenbach sehr. Sehr, Pal!“

„Hallenbach? Verstehe ich! Schon rein menschlich ist das verständlich.“

„Ja, Pal. Ich meine auch, rein menschlich. Er ist ein ganzer Mann, und... ich will ihn als Gatten haben.“

Storm-Naugardt starrte seine blonde Tochter an, als habe er nicht recht gehört. Dann lachte er laut auf.

„Wie... Sag's noch mal, Eliza! Das ist ja glänzend, mein Kind! Du hast ihn ja nur einmal gelehrt. Gewissermaßen Liebe auf den ersten Blick?“

„Ja, Pal!“ Sehr ernst sprach es die Tochter aus. „Du sagst es, wie es ist. Liebe auf den ersten Blick! Du weißt, ich bin nun 25 Jahre alt. Wie lange stehe ich schon im gesellschaftlichen Leben? Sieben Jahre! Bleiweiß glänzende Partien hätte ich machen können! Aber... es hat immer nicht ganz gelangt. Etwas habe ich bei denen, die um mich waren, vergeblich gefucht. Drum bin ich noch bei dir.“

Was ist das Eliza, Eliza?“

„Interessiert es dich, Pal?“

„Mehr als du denkst, Eliza. Ich bin nicht nur ein Kaufmann. Ich habe nie vergessen, daß ich eine liebe Tochter habe.“

„Das ist ein schönes Wort, Pal!“ antwortete Eliza ernst. Dankbarkeit lag in ihren Augen. „Ich will das Wort nicht vergessen. Ich bin bis jetzt meinen Lebensweg ohne die kleinste Belästigung gegangen. Vielleicht kommen sie aber noch, und dann will ich an dein Wort denken. Dagegen will ich um einen Mann, den ich lieb habe, sehr lieb, sehr kämpfen.“



16. Karner.

Karner ließ dann jedem Anwesenden ein gedrucktes Exemplar seines Programms überreichen und empfahl eine Ansprache über alle Punkte. Er erklärte sich bereit, am nächsten Tage, wenn es sich als nötig erweisen sollte, auch später, mit den Gesellschaften abzuschließen.

Als Karner Miene machte, sich zurückzuziehen, erhob sich der Finanzminister Ulrich, der mit Minister von Willigkow die Regierung vertrat, und bat Herrn Karner, noch einige Minuten zu bleiben.

„Die Regierung,“ begann Ulrich, „lädt Ihnen durch mich Ihre Glückwünsche aussprechen. Die Regierung stellt die umgehende Leistung, die Sie und Ihre Werke vollbrachten, mit tiefer Genugtuung fest und erklärt sich bereit, Sie in jeder Hinsicht zu unterstützen. Sie begrüßt es, daß die Zeit, da Sie mit Ihrem Strom ganz Deutschland versorgen werden, nicht mehr fern ist, und ist bereit, ihre Zustimmung zu dieser bedeutsamen Umstellung sofort zu erteilen. Allerdings müssten Sie, Herr Karner, der Regierung entsprechende Garantien geben.“

„Was verstehen Sie unter Garantien, Herr Minister?“

fragte Karner unter lautloser Stille im Saal.

„Die Regierung muß das Geheimnis Ihrer Erfahrung kennen, Herr Karner. Sie kann Ihnen das ganze deutsche Wirtschaftsleben nicht auf Treu und Glauben überantworten.“

In diesem Augenblick hatten alle Anwesende das Gefühl, daß in Ulrichs Worte trockenster Verbindlichkeit eine Unstimmigkeit gegen den großen Erfinder siegte.

Karner schien davon überzeugt.

„Herr Minister,“ sagte er sehr liebenswürdig und bestimmt, „eine Auslieferung meiner Erfahrung an die deutsche Regierung ist jetzt unmöglich. Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß ich den Zeitpunkt herbeiwünsche, da ich meine Erfahrung beruhigt in die Hände der Regierung legen kann. Wenn aber der Zeitpunkt da sein wird, weiß ich heute noch nicht. Wenn also das deutsche Volk der Aufforderung meiner Erfahrung teilhaftig werden will, dann kann es nur auf Treu und Glauben sein. Unter allen Umständen, Herr Minister! Ich liefere meinen Strom bedingungslos dem deutschen Volke, ganz gleich, welche Regierung an den Spitzen steht. Ich werde mich nie in politische Dinge einmischen und habe kein Talent zum gründewahnähnlichen Diktator. Sie können ohne jede Besorgnis sein. Meine Stromlieferung ist für immer sichergestellt. Ich wiederhole: ich liefere bedingungslos... auf Treu und Glauben.“

Nach den bestimmten, festen Worten Karners blickten alle

auf die Vertreter der Regierung. Minister Ulrich war verlegen und wechselte ein paar Worte mit seinem Kollegen. Dann erhob er sich und sagte: „Wir werden noch heute im Ministerrat darüber beschließen, Herr Karner!“

Karner verbeugte sich und verließ mit Hallenbach den Saal.

* * *

Storm-Naugardt gab am Abend dieses denkwürdigen Tages eines seiner berühmten Abendessen, zu dem die Spitzen der Regierung, Hochfinanz, Industrie usw. geladen waren.

Er hatte nur einen Gedanken: auch Karner als Gast begrüßen zu dürfen.

Er rief Karner telefonisch an.

Der Vater trat in Karners Zimmer und meldete: „Herr Storm-Naugardt wünscht Sie am Apparat zu sprechen.“

Karner nahm den Hörer.

„Hier Storm-Naugardt!“ meldete sich eine Stimme, die sehr erregt klang. „Guten Tag, Herr Karner. Ich habe mir bereits erlaubt, Sie schriftlich zu meinem kleinen Abendessen einzuladen. Darf ich meine Einladung noch einmal wiederholen?“

„Einen Augenblick, Herr Storm-Naugardt!“

Karner legte den Hörer nieder und sah auf Hallenbach. Wie ist es, wollen wir der Einladung zu dem Abendessen bei Herrn Storm-Naugardt entsprechen?“

„Ich würde es empfehlen. Einmal müssen Sie mit den führenden Kreisen, die brennend an Ihrer Erfahrung und in der Umwälzung in Deutschland interessiert sind, doch zusammenkommen. Diese Kreise würden Sie heute Abend reizen.“

„Richtig!“ Er nahm den Hörer wieder. „Herr Storm-Naugardt! Ich werde mit Herrn Hallenbach heute Abend zu Ihnen kommen. Und die Zeit?“

„Um 8 Uhr, wenn es Ihnen angenehm ist.“

„So früh wird es nicht gehen. Erwarten Sie uns gegen 10 Uhr. Auf Wiedersehen, Herr Storm-Naugardt.“

„Auf Wiedersehen!“

Karner legte den Hörer auf und wandte sich zu Hallenbach.

„Eigentlich habe ich eins zu sagen vergessen.“

„Doch er nicht halb Berlin einladen soll! Stimmt's, Herr Karner?“

„Stimmt! Stimmt!“ lachte Karner herzlich.

* * *

Eliza Storm-Naugardt, die einzige Tochter des Großindustriellen, die für die leidende Mutter bei den Gesellschaften als Hausfrau repräsentiert, war nicht wenig erstaunt, als ihr Vater zu ihr ins Zimmer trat.

Die Friseuse war gerade mit ihrem prächtigen Blondhaar beschäftigt, um es zu einer kunstvollen Bobkof-Frisur zu gestalten.

„Bitte unterbrechen Sie Ihre Arbeit ein



„Karneval“ u. Aschermittwoch

Zum erstenmale wieder seit Kriegsausbruch darf und kann in diesem Jahre Prinz Karneval unbehindert durch irgendwelche behördliche Maßnahmen sein tolles Regiment treiben. Das wird ein Leben geben, denn schon seit langen Wochen wird geradet und getagt, wie man den tollen Prinzen empfangen und welche Herrscheraufgaben er selbst sich stellen soll. Und je näher die eigentlichen Karnevalstage rücken, desto eifriger wird „geschustert“. Es wird gehämmert, gefügt, genagelt, geleimt, gekleistert, angestrichen, gemalt, lackiert, vergoldet, dekoriert, geschniedert, geflucht, gechimpst, zur Eile gemahnt, vor Ueberstürzung gewarnt, komponiert, gedichtet, geprobt, geändert, ge— ja, wer weiß, was noch alles!

Monatelang hat man bereits in Karnevalslust gelebt und geliebt. Was nur irgend Bemerkenswertes im Laufe des letzten Jahres vorgekommen ist, wurde in den Kreis nährischer Betrachtungen gezogen, mit drastischem, aber stets liebenswürdigem Humor beleuchtet und kritisiert. In dieser Zeit haben die „Spitzen“ der Behörden, die seelenvergnügt mitten im Publikum an den sogen. „Sitzungen“ teilnehmen, die beste Gelegenheit, die unversäumte Meinung der Gesamtbürgerschaft über die von ihnen getroffenen Versügungen und Maßnahmen zu hören, und schon gar manches liebe Mal hat ein guter treffender Witz von der Fasnachtstribüne herunter, in kurzem mehr fertig gebracht, als alle sonstigen Beischwerden, Eingaben, Vorstellungen und Polemiken. Meist ist es auch so, daß das größte — „Schandmaul“ des Ortes den größten Erfolg hat, vorausgesetzt, daß ihm Mutterwitz eigen ist, der seine Geizel auch geistvoll über alles schwingen kann, und zwar so, daß jeder merkt, es ist gar nicht so schlimm gemeint. Kurz, es sind gar treffliche Männer, und neuerdings auch Frauen, die sich im Karneval produzieren und aus den Reihen des jugendlichen Nachwuchses machen sich recht bald schon vielversprechende Talente bemerkbar, die mit fühlbarem Jugendübermut, würdig ihrer Ahnen, den heißen Boden der Rednerkanzel betreten, die so oft eine so vorzügliche Schule ist für jeden, der ins öffentliche Leben tritt, und gerade in den großen Karnevalsstädten Deutschlands, in Köln, Mainz, München, ist es nicht selten, daß die höchsten städtischen Würdenträger einstens große Karnevalisten waren. Und gar mancher der würdigen Stadtväter, die heute mit sorgenschwerer Stirne einen der furulichen Sessel zierte, hat seine Sporen im Karneval verdient und hier die Aufmerksamkeit seiner Mitbürger erregt. Und seit überhaupt die humorvolle und witzige Kritik, die im Karneval an den öffentlichen Angelegenheiten vor allem Volke geübt wird, nicht ein besonderes Verständnis für sie voraus; fordert die Kunst, Spaß auf Kosten anderer so zu machen, daß diese anderen auch den Spaß verstehen, nicht diplomatisches Geschick und einen Satz, der auch für das ernste Wirken in der Öffentlichkeit eine der wichtigsten Eigenschaften ist?

Allen wohl und niemand wehe! ist die ureigenste Parole eines echten Karnevals, so etwa, wie ihn Korn Tschla besingt:

Einmal im Jahr ist Karneval,
Das Fest der Freien und Tollten,
Sonst tut ein jeder, was er muß,
Heut tun wir, was wir wollen.
Und gehn das ganze Jahr wir blind
Als Narren im alten Geleise,
Heut wissen wir, daß wir Narren sind,
Drum sind wir heute — weise.

Hoch und niedrig, groß und klein
Mischt sich in den tollen Trubel,
Gold und Glitter, Stein und Schein,
Clowngeschrei und Kinderjubel.



Wem das auf die Nerven geht,
Gehe in die Fastenpredigt,
Denn wer keinen Spaß versteht,
Der ist so wie so — erledigt.

Und was wird nicht alles an „Dichtungen“ verbrochen in dieser tollen Zeit! Da liegt uns eine gar törichte Zeitschrift vor, die man „Deutschen Konfektionshymnus“ genannt hat; sie ist dem Deutschen Sprachverein gewidmet und muß deshalb mit deutscher Aussprache gelesen werden:

Hautes Nouveautés, Robes, Modes,
Veluches, Capes, Costumes,
Shales, Doubles, Pelerines,
Dentelles de Bruxelles:

Fremde Namen, fremde Sachen
Will der Deutsche für sein Geld —
Deutschland, Deutschland über alles
Ueber alles in der Welt!

Supons, Robes taylor made,
Saquettes und Cravattes,
Dresses, für die Promenade,
Ladies Skirts und Matinees —
Heilt's nur englisch und französisch,
So erobert's stets das Feld —
Deutschland, Deutschland über alles,
Ueber alles in der Welt!

Noppes und Diagonales,
Creppes, Tilles, Voiles,
Bengalines, Grenadines,
Armures und Moires.

Nur recht lauderwelsche Namen,

Ob das Zeug auch gar nichts hält —

Deutschland, Deutschland über alles,
Ueber alles in der Welt!

So geht's bis in den Aschermittwoch hinein, der schneller kommt, als man in dem allgemeinen Festjubel zu beachten vermag, der all dem lustigen Treiben ein jähes Ende bereitet und die ausgelassenen Schäker zur Ruhe mahnt. Gar grau blickt nach dem Fasnachtstagstrubel der beginnende Tag ins Kämmerlein und beleuchtet mit trübem, fahlen Schein ein Bild des Chaos und des Jammers. Gestern noch im Olymp, heute Götterdämmerung. So ist's, wie überall im Leben, auch im Karneval.

Bunte Kleider auf den Leibern,
Werden Weiber hier zu Männern,
Werden Männer hier zu Weibern,
Werden Stümper hier zu Könnergern,
Wird der Bettler hier zum König,
Den die Narren jubelnd krönen.
Aber warte nur ein wenig,
Bis die Morgenglocken dröhnen.

Und rauschend naht der Mummerschank
Der Aschermittwochsmette,
Noch einmal ras' der tolle Tanz
Bei halbverlöschter Kerzen Glanz,
Beim Dualm der Zigarette.
Die Kunst ist nicht ein Faschingstraum,
Der Genius nicht ein Talmischbaum,
Sein Glanz kein Licht der Erden,
In qualmerfülltem Narrenraum
Dazu bestimmt, entzündet kaum,
Zu Asche, zu Asche zu werden.

